

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 117 (1991)
Heft: 11

Artikel: Fast so, als ob wir keine Grenzen mehr hätten
Autor: Ratsche, Iwan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-605813>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Fast so, als ob wir keine Grenzen mehr hätten»

VON IWAN RASCHLE

Wenn irgendwo in unserem Land ein grosses Fest abgehalten wird, strömt das Volk zusammen. Im Jubeljahr ist die Schweiz ein ganz besonders attraktives Land. Zwar hat Bundespräsident Cotti immer wieder betont, die Schweiz sei kein Bierzelt. Und trotzdem ist das eidgenössische Festzelt bis auf den letzten Platz besetzt. Ja, mehr noch: In unzähligen Gemeinden sind sogar kleinere Zelte, Wohncontainer für unsere ausländischen Gäste aufgestellt worden. Wie aus dem Bundeshaus verlautet, soll mit dem ausländischen Schmarotzertum jetzt endlich aufgeräumt werden.

Die Schweiz ist auch keine Arche Noah, sagte sich der Bundesrat und beschloss, künftig hart durchzugreifen. Bundesrat Arnold Koller forderte an einem Treffen mit den kantonalen Polizeidirektoren, die Kantone müssten Asylanten ausschaffen, wenn der Bund dies beschliesse. Kantonaler Widerstand sei verfassungswidrig, und wer Flüchtlinge illegal beherberge, müsse mit einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen.

«Wir erleben einen Notstand in der Asylpolitik», betont Flüchtlingsdirektor Peter Arbenz: «Es ist beinahe so, als ob wir keine Grenzen mehr hätten.» Darum sei es wichtig, den unerwünschten Gästen einen Riegel zu schieben, einen grünen Riegel.

Alle Zellen geheizt

«Man hat den Asylanten falsche Hoffnungen gemacht und ihnen eingeredet, sie seien

bei einer Rückkehr in ihre Heimat in Gefahr», erklärt sich Arbenz den Hungerstreik einiger Kurden in Obwalden. Der Bund werde die nun verschwundenen Ausländer aber gewiss auffinden und ausschaffen. Niemand sei schliesslich gezwungen, in den Südosten der Türkei zurückzukehren. Dort sei die Menschenrechtssituation in der Tat unbefriedigend. In den anderen Gebieten der Türkei aber, davon habe er sich auf einer viertägigen Studienreise überzeugen können, sei die Situation für die Ausgeschafften absolut ungefährlich. Selbst in den Gefängnissen herrsche eine gute Stimmung. Die Anstaltsdirektoren seien alle sehr nett gewesen und hätten sehr aufgeschlossen reagiert. Sämtliche Zellen seien geheizt, und die der Schweizer Delegation vorgezeigten Häftlinge seien alle wohlgenährt gewesen.

Selbst wenn die ausgeschafften Kurden in der Türkei eingekerkert würden, sei die Situation für sie nicht schlimmer als in den schweizerischen Wohncontainern, betonte Arbenz, aber eingesperrt werde schliesslich keiner, «allein weil er in der Schweiz ein Asylgesuch eingereicht hat». Zwar drohen nach türkischem Strafrecht demjenigen schwere Strafen, der versucht, dem Ansehen des Staates im Ausland zu schaden. Flüchtlinge, die sich freiwillig ausschaffen lassen, sind aber laut Arbenz nicht davon betroffen. Sie demonstrieren der Weltöffentlichkeit nämlich, dass es durchaus möglich ist, in die Türkei zurückzufliegen. Das spricht für die politischen Verhältnisse. Und allenfalls auch für die geheizten Zellen.

Aber an die sentimentalen Geschichten der armen geplagten Ausgeschafften glaubt Direktor Arbenz nicht: «Wir schaffen jeden Tag einige Kurden aus. Schliesslich kann es auch in unserem Land vorkommen, dass jemand von der Polizei schlecht behandelt

wird. Deswegen ist die Schweiz noch lange kein Gewaltregime.»

Mit der Asylantenschwemme soll nun Schluss sein. Das fordert auch Peter Arbenz. Der Bund habe ein Krisenszenario ausgearbeitet. Währenddem das Asylverfahren laufe, dürften die Flüchtlinge deshalb nicht mehr beschäftigt werden, sonst verkomme die Flucht zu einem (un)befristeten Arbeitsaufenthalt, zu einem bezahlten Urlaub. Die Flucht müsse endlich härter werden. «Wer nur vor Bomben flüchtet, ist noch lange kein Flüchtling.» Darum wolle der Bund mit dem Militär das Grenzwachtkorps unterstützen und so «eine minimale Grenzkontrolle im Zwischengelände aufrecht erhalten».

«Bomben sind kein Grund zur Flucht»

Zurzeit stehen an der Schaffhauser Grenze Soldaten des Bündner Gebirgsinfanterieregiments 36. Probehaltbar zwar, aber doch ernsthaft. Und bewaffnet. Die erste Bilanz dieses WKs sei durchaus positiv, freute sich der Oberkommandierende der Grenzschutz-Sondertruppe, Major i Grzst Ruedi Wachkopf. Die Instruktoren des Grenzwachtkorps seien sehr kooperativ, und die vom EMD zur Verfügung gestellten Feldstecher seien echte Schweizer Qualitätsarbeit. «Wir sind auch froh um das neue Sturmgewehr. Wir können so viel gezielter schiessen. Und schneller.» Zwar sei das Grenzschutz-Sonderkommando überhaupt nicht auf Schnellschüsse eingestellt, «aber sicher ist sicher», meint Ruedi Wachkopf. «Schiessen», das habe er seinen Soldaten eingeschärft, «dürfen wir nur im Notstand, ich meine in Notwehr.»

WIR LASSEN SIE NIE IM STICH!



Bei der KKB ist wirklich jeder lückenlos versichert.

Informationen:
Krankenkasse KKB, Hauptsitz,
Laubeggstrasse 68, 3000 Bern 32.
Telefon 031/43 8111.

KRANKENKASSE KKB
CAISSE-MALADIE CMB
CASSA MALATI CMB



Bereits am zweiten Tag des Sondereinsatzes habe ein Stosstrupp der Armee eine Gruppe von zwanzig Flüchtlingen aufgespürt und gleich wieder zurückgeschickt. «Das waren ganz eindeutig Wirtschaftsflüchtlinge», erklärt Major Wachkopf. «Die konnten nicht mal Deutsch und trugen fremdländische Noten auf sich.» Deutsche Schlepper hätten die Flüchtlinge in die Schweiz schleusen wollen. «Und nur dank der Armee ist die Schweiz vor einigen weiteren Schmarotzern verschont geblieben.»

Flüchtlinge sogar ohne Deutschkenntnisse

Die deutsche Koordinationsstelle für Flüchtlinge sieht das aber anders. Ausgerechnet zum gleichen Zeitpunkt wie die Schweizer haben nämlich auch die Deutschen ihr Grenzwachtkorps verstärkt. Mit ehemaligen DDR-Volkspolizisten. Diese erfahrenen Späher hätten dieselbe Flüchtlingsgruppe am gleichen Tag aufgespürt und auf die Schweizer Seite der Grenze geschafft.

Dieses Ping-Pong-Spiel soll drei Tage lang andauert haben. Nun sitzen die verschüchterten Flüchtlinge in einem Kantinewagen der deutschen Grenzbrigade und warten auf einen Entscheid aus Bonn oder Bern. Dieser aber lässt auf sich warten, zur Zeit jagen sich die diplomatischen Depeschen, ein zähes Seilziehen zwischen den beiden Hauptstädten ist im Gang. Die Deutschen behaupten, Schweizer Soldaten hätten die Flüchtlinge über die Grenze nach Deutschland gejagt. Und die Schweizer behaupten dasselbe von den Deutschen. Klar ist nur, dass keine der beiden Regierungen diese Menschen aufnehmen oder das Flugticket für die Ausschaffung berappen will.

Hüttendörfer rund um die Schweiz?

Trotz dieses Zwischenfalls habe sich der Einsatz des Militärs gelohnt, heisst es im Bundeshaus. Eine Lösung für diese «Zwischengrenzflüchtlinge» werde gewiss gefunden: Vorübergehend habe das Rote Kreuz deren Betreuung übernommen, die Sache eile also nicht.

In dieser Woche tut nun aber auch Kritik am Verhalten des Bundesrats laut geworden. Gegner dieser repressiven Asylpolitik werfen Bern vor, auf den Köpfen der Asylanter eine harte Aussenpolitik durchzuziehen. Die Schweiz wolle den Deutschen nun endlich einmal die Stirn bieten. Wenn die Schweiz künftig die Armee überall an der

Grenze einsetze, so befürchten kritische Bürgerinnen und Bürger, entstünden im grünen Grenzgebiet ganze Städte von Wohncontainern für «zwischenstaatliche Flüchtlinge».

Doch solche Kassandrarufer verhalten ungehört, denn das helvetische Boot ist nun mal voll. Und selbst wenn rund um unser Land solche Hüttendörfer entstünden, sei das allemal besser als ein überbevölkertes

Land, heisst es in einer Verlautbarung von zuständiger Seite. Schliesslich seien die Flüchtlinge eine enorme finanzielle Belastung für unser Land. Im Grenz-Zwischengelände aber müsse das Internationale Rote Kreuz für den Unterhalt der Menschen aufkommen, schreibt der Bund weiter. «Durch den Armee-Einsatz an der Grenze wird das Flüchtlingsproblem ganzheitlich, das heisst vor allem auch finanziell, gelöst.»



Die Gewässerschutz-Initiative kommt vors Volk.

«Wetted er öppe no en Gutsch für d Fisch?»

WERNER BÜCHI